Blut der Bayern vermischte sich mit dem Blut der Preußen, das Blut der Sachsen mit dem Blut der Hessen . . . und aus dieser auf dem Schlachtfeld, mitten in Not und Gefahr geschlossenen Blutsbrüderschaft erwuchs, was seit Jahrzehnten nur ein sehnsüchtiger Traum gewesen: das Deutsche Reich!

Was am 18. Januar 1871 im Spiegelsaale des Schlosses des „roi soleil" zu Versailles geschah: die Krönung König Wilhelms zum ersten Kaiser des geeinten Deutschen Reiches, das war nur der festliche Abschluß einer Entwicklung, die getrieben und gefördert wurde von Männern wie Bismarck. Aber auch sie waren letzten Endes nur

Vollstrecker des Willens ihrer Völker,

in denen mehr und mehr das Bewußtsein herangereift war, daß die Zerrissenheit der deutschen Stämme untereinander nicht nur ein unwürdiger, sondern auch ein politisch unkluger Zustand war.

★

60 Jahre sind vergangen, seitdem am 18. Januar 1871, mittags um 12 Uhr, des Deutschen Reiches erster Kanzler, Fürst Otto v. Bismarck, die Kaiserproklamation im Versailler Schloß verlas. Ueber das seit diesem Tage äußerlich und innerlich geeinte Deutsche Reich sind Stürme hinweggegangen, wie sie schwerer nur wohl selten ein Volk zu bestehen hatte. Der Gründerkrach in Berlin, eine Folge des Goldregens aus Frankreich, erschütterte die deutsche Wirtschaft schwer; nach langer, unerhörter Blütezeit kamen die Kämpfe in Deutsch-Südwest, die Boxeraufstände, die Marokkokrise und dann: der Weltkrieg!

Vier Jahre Krieg und Not und Tod! Zehn Jahre Nachkriegszeit mit Inflation, Wirtschaftskrise, schwerster finanzieller Belastung, Arbeitslosigkeit, politischen Wirren . . . Aber das, was im Jahre 1871 geschmiedet wurde, hielt stand: die Einheit des Deutschen Reiches blieb!

Deutschland, das einige, auf Leben und Sterben zusammengehörende Deutschland, lebt und wird leben, trotz alledem!

Mitten im trüben Grau unserer Tage steht flammend auch heute noch über des Deutschen Reiches Einheit ein stolzes, zuversichtliches Wort:

„Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten!"

Das vor 60 Jahren geeinte Deutschland hat sich erhalten, trotz aller Stürme, trotz aller Not! Und weil es geeint blieb, darf es mit ungebrochenem Mut weiterkämpfen und — — weiter hoffen auf eine neue, bessere Zukunft, auf ein freies und glücklicheres Deutsches Reich!

★

Fahnen, die Versailles miterlebten

Die Ehrenkompagnie, die morgen bei der Reichsgründungsfeier im Reichstag mitwirkt, wird von der 11. Kompagnie des Regiments 13 aus Ulm gestellt. Sie wird 50 ehemalige Regimentsfahnen der alten Armee mit sich führen, darunter die sechs Fahnen der Infanterieregimenter 22 und 62, die vor 60 Jahren im Spiegelsaal von Versailles die Reichsgründung miterlebten. Die Fahnen finden Aufstellung auf der Tribüne des Reichstags. Am Schluß der Feier wird der Reichspräsident von Hindenburg die Front der Ehrenkompagnie abschreiten.

★

Die Nationalsozialisten bleiben der Feier fern

Der nationalsozialistische Abgeordnete Stöhr, Vizepräsident des Reichstags, hat namens der nationalsozialistischen Fraktion dem Reichsinnenministerium mitgeteilt, daß seine Fraktion sich an der Feier des 18. Januar im Reichstag nicht beteiligen werde, weil die Minister Groener und Wirth an der Feier teilnehmen.

★

Haltet und erneuert das Reich!

Die Nationalliberale Correspondenz, der parteiamtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei, veröffentlicht einen Aufruf des Führers der DVP., Abg. Dingeldey, an die Mitglieder und Freunde der DVP., in dem es heißt:

Der 18. Januar mahnt uns an die große geschichtliche Tat vor 60 Jahren, da sich der Traum von Jahrhunderten erfüllte und wieder ein einiges Deutsches Reich geschaffen wurde. Wir erleben diesen Tag in einer trüben Zeit, in der uns sowohl die wirtschaftliche Sorge wie die politische Not des Vaterlandes tief bedrücken.

Die Geschichte unseres Volkes sollte uns aber gerade an diesem Tage lehren, daß eine Nation, die sich ihrer großen Aufgaben und ewigen Werte bewußt bleibt, noch immer den Weg aus dem Dunkel zu hellen Zielen gefunden hat.

Möge dieser 18. Januar alle Deutschen zur Selbstbesinnung rufen und in ihren Herzen den Glauben an eine nationale Wiedererstarkung neu erwecken.

„Einigkeit und Recht und Freiheit" soll unser Wahlspruch für jede Arbeit im Dienst des Vaterlandes und seiner Zukunft sein:

Einigkeit unseres Volkes in allen vaterländischen Fragen, treue Verbundenheit mit den Volksgenossen jenseits der Reichsgrenzen;

Recht für alle Deutschen, vor allem auch für die wirtschaftlich Schwachen, Gleichberechtigung für unser Volk unter den Nationen der ganzen Welt;

Freiheit für den Einzelnen im recht verstandenen Sinne nationaler Disziplin und der Achtung vor jeder ehrlichen Ueberzeugung! Freiheit für unser deutsches Volk von den Fesseln der Diktate!

★

Woran wir kranken

Auf einer gestern in Tübingen von der Deutschnationalen Volkspartei, dem Alldeutschen Verband, der deutschnationalen Studentenschaft und den Vaterländischen Verbänden veranstalteten Reichsgründungsfeier sprach der Reichstagsabgeordnete Geheimrat Quaatz. Er führte dabei u. a. aus:

Die amtliche deutsche Politik gleiche auf ein Haar der Rheinbundpolitik der süd- und westdeutschen Staaten vor 100 Jahren.

Deutschland sei es, das Frankreich zum Herren Europas mache.

Die deutsche Gefolgschaft mache Frankreich sowohl gegenüber England wie Italien übermächtig. Sie habe Polens Uebermut groß gezogen. Die amtliche deutsche Politik könne und wolle aus dem französischen Zauberkreis nicht heraus, da

das Kabinett Brüning-Curtius der Gefangene des preußischen Marxismus

sei. Der preußische Ministerpräsident Braun sei der eigentliche Regent Deutschlands. Die unsinnige Verschwendung — das Kabinett Brüning-Dietrich habe 3½ Milliarden Mark Mehrlasten gegenüber dem Kabinett Müller-Hilferding gebracht — mache Deutschland vollends abhängig. Ein halbes Jahrhundert habe der vaterländische Gedanke gerungen. Solange der innere Feind nicht überwunden, solange die Berliner Marxistenburg nicht gestürmt sei, solange habe der deutsche Freiheitswillen keine Aussicht.

Zum 18. Januar 1931

Nicht klagen, nicht grübeln, was einstens war,
Was die Väter im Sturme erzwungen,
Nicht fragen, warum ihrer Enkel Schar
Das Schicksal so niedergezwungen!
Nicht quälend die Seele zermartert, warum
Der Sieg unsern Händen entrissen —
Nicht klagen, nicht zagen, nur kalt und stumm,
Die Zähne zusammengebissen!

Erschüttert, verblutend das Reich. Doch es steht
Noch groß in Qualen und Schmerzen.
Und die alte, die heilige Fahne weht
In Millionen kerndeutscher Herzen!
Was auch zu Trümmern und Scherben ward —
Den Geist soll uns keiner zerschlagen!
Die Flamme der Not hat uns eisern und hart
Geschmiedet in lichtlosen Tagen.

Wir senken beschämt nicht heute das Haupt:
Wir rufen zu ernstem Besinnen:
Das Schicksal hat uns unsre Größe geraubt,
Daß wir sie uns wiedergewinnen!
Die Flammen des 18. Jänner sind
Ein Vermächtnis unserer Ahnen,
Sie sind für Kind und für Kindeskind
Ein ewiges heiliges Mahnen!

Schon geht ein Raunen durchs deutsche Land,
Ein frühlinghaft heiliges Wehen:
Die deutsche Seele will aus dem Brand
Der Not und des Leid's neu erstehen.
Wir klagen heut' nicht, wir grübeln heut' nicht,
Warum uns so Bittres geschehen —
Wir schreiten durch Nacht, doch wir streben zum Licht,
Und wir werden einst auferstehen!

Felix Leo Göckeritz.

Preisgebundene Markenartikel müssen billiger werden

Allerdings Beschränkung auf bestimmte Warengruppen

Die Regierung verordnet:

Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit:

Die Reichsregierung hat zur Förderung des weiteren Preisabbaues eine Verordnung über Preisbindungen bei Markenartikeln erlassen. Darunter fallen solche Waren, die entweder selbst oder deren Umhüllung oder Ausstattung mit einem ihre Herkunft kennzeichnenden Merkmal (Firma, Wort- oder Bildzeichen u. a.) versehen sind. Der Verkehr mit diesen Waren fällt aber nur dann unter die Verordnung, wenn der Lieferer den Abnehmer durch Verpflichtungsschein (Revers), durch den Inhalt seiner Geschäftsbedingungen oder auf andere Weise verpflichtet hat, die Ware nur zu einem bestimmten Preise an den Verbraucher weiterzuveräußern.

Diese Preisbindungen sollen nach dem Inhalt der Verordnung dann hinfällig sein, wenn der festgesetzte Preis gegenüber dem am 1. Juli 1930 geltenden Verbraucherpreise nicht um mindestens 10 v. H. ermäßigt ist.

Soweit eine solche Preissenkung bisher noch nicht erfolgt ist, werden also die an dem Verkehr mit Markenwaren beteiligten Wirtschaftskreise — Erzeuger, Großhändler und Einzelhändler — bestrebt sein müssen, sich binnen kürzester Zeit zur Vermeidung des Verlustes des Rechtsschutzes im gegenseitigen Zusammenwirken über den geforderten Preisabbau zu verständigen.

Nach der Meinung der Regierung soll es in der Regel

vermieden werden, daß die Senkung des Verbraucherpreises ausschließlich zu Lasten einer der beteiligten Wirtschaftsgruppen erfolgt.

Einer Preisermäßigung würde es gleich zu achten sein, wenn unter Beibehaltung des am 1. Juli 1930 geltenden Nominalpreises eine entsprechend größere Menge der Waren geliefert wird. Dagegen würde eine Senkung des Nominalpreises unter gleichzeitiger Verschlechterung der Qualität oder Verringerung der Menge nicht als eine Preissenkung im Sinne der Verordnung gelten können. Solche Markenwaren, die am 1. Juli 1930 überhaupt noch nicht gehandelt wurden, fallen nicht unter die Verordnung.

Das Anwendungsgebiet der Verordnung ist sachlich auf preisgebundene Markenartikel bestimmter wichtiger Warengebiete beschränkt. Diese sind, soweit Lebensmittel in Betracht kommen, in der Verordnung ausdrücklich genannt.

★

Wie verlautet, soll der Reichswirtschaftsrat von den 26 Warengruppen, deren Verbilligung die Regierung durch Aufhebung des Preisschutzes erzwingen will, 15 gestrichen haben, darunter photographische Artikel, ärztliche Geräte, Glas- und Porzellanwaren und elektrische Batterien. Die Liste wird danach nur noch Lebensmittel, Kosmetika, Papier, Konfektionsware, billige Schallplatten, gewisse Farben und solche Heilmittel, die nicht unter die Arzneitaxe fallen, umfassen.

Unzweideutiges Ultimatum der DVP. an Brüning

Der kommunistische Abgeordnete Dr. Neubauer verurteilte in der gestrigen Sitzung des Haushaltausschusses die Finanzpolitik, die eine Katastrophe der deutschen Sozialpolitik darstelle. Hergt (DN.) wies die vom Reichsfinanzminister gegen den Hugenbergschen Plan einer Reparationsabgabe erhobenen Bedenken als nicht stichhaltig zurück. Das große Verdienst Hugenbergs liege darin, der Reichsregierung einen Weg gewiesen zu haben, auf dem man auf Grund eigenen Rechts und eigener Initiative Deutschlands zu einer Revision des Youngplanes kommen und die Reparationsgegner an den Verhandlungstisch zwingen könne. Wie wolle denn die Regierung sonst die Reparationsfrage aufrollen? Für die Staatspartei erklärte Dr. Stolper, die volksparteilichen Forderungen hätten von den Abgeordneten Dr. Cremer nicht mit einer politischen Drohung verknüpft werden dürfen, denn schädlicher als selbst ein ungedeckter Fehlbetrag von einigen hundert Millionen seien andauernde und verschärfte Zweifel an die Stabilität der politischen Ordnung, wie sie durch die volksparteilichen Drohungen genährt würden.

Der Abgeordnete Dr. Cremer wiederholte die Erklärung, daß die Deutsche Volkspartei nach reichlich überlegtem Entschluß die Reichsregierung nur dann bei der Verabschiedung des Haushaltes unterstützen werde, wenn die geforderten weiteren Einsparungen von 300 Millionen RM. vorgenommen würden.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Ohnhardt hielt die Steueransätze im Haushalt für viel zu hoch.

Arbeitsdienstpflicht darf mit Parteipolitik nichts zu tun haben

Am Freitag fand in Berlin eine außerordentliche Tagung der Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht statt, die von Vertretern der 61 angeschlossenen nationalen Parteien und Verbände, sowie von zahlreichen Persönlichkeiten der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens besucht war. Als erster Redner wandte sich Geheimrat Böhmer gegen den Plan des Reichsfinanzministers Dietrich, der eine vom Reich finanzierte Lohnhilfe vorsieht.

Dieses Vorhaben der Ankurbelung der Wirtschaft werde an der Absatzfrage scheitern.

Dann erörterte der Redner die vor wenigen Tagen im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen über die Arbeitsdienstpflichtfrage, bei denen man davon ausgegangen sei, daß die deutsche Arbeitslosigkeit eine Krisenerscheinung sei. Diese Feststellung sei aber irrig. Aus der Arbeitslosenstatistik

gehe klar hervor, daß es sich bei der industriellen Arbeitslosigkeit in Deutschland um eine Dauererscheinung handele.

Für ein Drittel der jetzt Arbeitslosen werde es nie mehr eine Beschäftigung geben, wenn man sie nicht landwirtschaftlichen Arbeiten zuführe. Die vom Reichsarbeitsminister errechneten Kosten der Arbeitsdienstpflicht seien völlig irreführend. Man müsse das Reichsarbeitsministerium veranlassen, eine zuverlässige Enquete über die Arbeitsdienstpflichtfrage zu veranstalten.

In der Aussprache erklärte der Leiter der Arbeitsgemeinschaft Niedersachsen-Nordmark, der an der Sitzung im Reichsarbeitsministerium teilgenommen hatte, daß dort mit einem unverantwortlichen Leichtsinn über das ernste Problem der Arbeitsdienstpflicht gesprochen worden sei.

Es gelangte eine Kundgebung zur Annahme, die besagt, man erblicke in der vom Reichsarbeitsministerium beliebten Erledigung der Arbeitsdienstpflicht den Versuch, das aus rein parteipolitischen Gründen unbequeme Problem der Arbeitsdienstpflicht abzuwürgen. Der Reichsarbeitsminister wird gebeten, durch eine sofort einzuleitende Enquete die Ursachen der Arbeitslosigkeit festzustellen. Die sachlich denkende Bevölkerung dürfe nicht glauben, daß die Frage der Arbeitsdienstpflicht bereits erledigt sei.

Kaiser scheidet aus dem Reichsparteivorstand aus

Von der Geschäftsstelle Dresden des Wahlkreises Ostsachsen der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) wird uns mitgeteilt:

„Gemäß dem Beschluß der drei sächsischen Wahlkreise der Wirtschaftspartei, ihre Beziehungen zur Reichsparteileitung abzubrechen, hat der sächsische Fraktionsvorsitzende, Landtagsabgeordneter Obermeister Kaiser, Dresden, seinen Sitz im Reichsparteivorstand der Wirtschaftspartei niedergelegt."

Das Bremer Parlament wählt einen nationalsozialistischen Präsidenten

In der ersten Sitzung der neugewählten Bürgerschaft wurde in der Stichwahl der Kandidat der Rechtsparteien Konsul Bernhardt (Natsoz.) mit 50 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Wirtschaftspartei, Konservativen Volkspartei, Deutsche Volkspartei und der Haus- und Grundbesitzer zum Bürgerschaftspräsidenten gewählt. Der SPD-Kandidat Osterloh erhielt 47 Stimmen.